

An die Wähler!

Wähler! Wie Euch bekannt ist, wurde der Reichstag am 13. Dezember aufgelöst. Es stehen also Neuwahlen bevor, die am 25. Januar 1907 stattfinden sollen.

Was war die Ursache der Reichstagsauflösung? Es fand sich keine Mehrheit, welche die Mehrkosten, die im Etatsjahr 1906 für den unglückseligen Aufstand in Südwestafrika entstanden sind, in der von den verbündeten Regierungen geforderten Höhe (über 29 Millionen Mark zu den 77 Millionen, die bereits in diesem Jahre für den Aufstand ausgegeben wurden) bewilligen wollte.

Während ein Teil des Reichstags (Konservative, Antifemiten, Nationalliberale, Freisinnige und Volkspartei) bereit war, die Regierungsforderungen zu bewilligen, wollte ein Zentrumsantrag nur rund 20 Millionen Mark gutheißen und forderte außerdem die rasche Zurückziehung des größeren Teils der Kruppen, der am 31. März 1907 noch rund 8000 Mann betragen sollte, bis auf 2500 Mann.

So für den Antrag der Freisinnigen und für die Regierungsvorlage sich keine Mehrheit fand, erfolgte die Auflösung.

Wähler! Ihr habt nunmehr durch die Wahl neuer Abgeordneter zu entscheiden, wie Ihr nicht nur über die Sachlage in Südwestafrika, sondern über unsere gesamte innere und äußere Politik denkt.

Die Lage ist ernst, sehr ernst. Nach 35jährigem Bestehen befindet sich das Deutsche Reich in einer nahezu gänzlichen Isolierung. An Reisen und Reden in vieler Herren Länder hat es namentlich in den letzten anderthalb Jahrzehnten nicht gefehlt, an Geschenken für die verschiedensten Nationen ebenfalls nicht. Aber der Erfolg aller dieser nicht gesuchten Liebes- und Freundschaftsbezeugungen ist, daß heute die deutsche Politik fast vom gesamten Auslande mit Mißtrauen betrachtet wird und Deutschland statt Freunde meist nur Hülfe oder offene Gegner hat.

Die Weltlage ist daher die, daß, ungeachtet aller Versicherungen ihrer Friedensliebe, die die regierenden Herren bald bei dieser, bald bei jener Gelegenheit abgeben, die Rüstungen zu Wasser und zu Lande immer gewaltiger werden, die Schulden- und die Steuerlast der Nationen immer mehr wachsen und ein Gefühl der Beängstigung wie vor dem Herannahen einer ungeheueren Katastrophe die Kulturvölker immer stärker beherrscht und sie nicht zum ruhigen Genuß der Früchte ihrer Arbeit kommen läßt.

Wir Sozialdemokraten haben die Politik, die zu solchen Resultaten führen mußte, von Anfang an bekämpft. Wir haben verlangt, daß statt dieser unausgesetzten Rüstungen, die nur das gegenseitige Mißtrauen der verschiedenen Staaten in Atem halten und sie zu immer größerem Wettstreit in diesen Rüstungen anstacheln und nicht anders als mit einer welterschütternden Katastrophe enden können, die Regierenden die Kulturvölker zu gemeinsamer Beratung einladen, diesem verhängnisvollen Zustande ein Ziel zu setzen. Wir haben unausgesetzt verlangt und verlangen immer wieder, daß die Kulturvölker statt in der Errichtung großer Armeen und Flotten und in der Erfindung und Herstellung der vollendetsten Menschenvernichtungsmaschinen, in den Werken des Friedens und der Zivilisation wetteifern. Die Erde ist groß und reich genug, um allen Glück und Wohlsein zu ermöglichen und sie zu einer Stätte friedlichen Wettbewerbs in den Werken der Kultur und Zivilisation zu gestalten.

Statt dessen sehen wir die herrschenden Klassen, die mit der Lösung: wer den Frieden will, muß für den Krieg zu freitechnischer ihrer Staatsherrschaft im Innern

Die Rüstungen zu Wasser und zu Lande dienen ihnen zur Bereicherung. Dabei hegen sie den Hintergedanken, daß die Völker, die in beständiger Sorge und Angst vor dem Eroberungs- und kriegsklüsterigen Nachbar gehalten werden, sich nicht der Verbesserung der sozialen Zustände zuwenden, wie sie es sonst könnten und sollten.

Diese volksschädigende Politik, in der Deutschland heute den Ton angibt, haben wir bisher auf das entschiedenste bekämpft, wir werden sie weiter bekämpfen.

Die Auflösung des Reichstags hat vorerst das Volk davor bewahrt, die neuen Opfer kennen zu lernen, die seiner warten. Unsere Pflicht ist es, sie ihm vorzuführen, damit es bei den Wahlen seine Entscheidung zu treffen vermag.

Der Etat für 1907, der infolge der Auflösung nicht beraten werden konnte, heißt entsprechend der oben charakterisierten Politik eine sehr erhebliche Erhöhung der finanziellen Lasten. Der Militäretat fordert einschließlich der einmaligen und der außerordentlichen Ausgaben die Summe von rund 799 Millionen Mark — gegen das Vorjahr mehr rund 51 Millionen Mark. Es ist aber ein öffentliches Geheimnis, daß die Militärverwaltung noch weit höhere Anforderungen an die Finanzverwaltung stellte, weil sie meinte, sie sei in Rücksicht auf die trostlose finanzielle Lage des Reiches in den letzten Jahren zu bescheiden gewesen! Der Marineetat fordert insgesamt rund 291 Millionen Mark — gegen 1906 mehr 24 1/2 Millionen Mark. Der allgemeine Friedenspensionsfonds fordert rund 103 1/2 Millionen Mark, die mit Ausnahme von rund 2 600 000 Mark für die Zivilverwaltung ausschließlich für die Pensionäre in der Militär- und Marineverwaltung Verwendung finden. Die Reichsschuld erfordert an Zinsen im Jahre 1907 136 1/2 Millionen Mark — mehr gegen 1906 über 9 Millionen Mark. Von diesen Zinsen fallen über Dreiviertel auf Schulden, die für die Zwecke der Militär- und Marineverwaltung gemacht wurden.

Die Schulden des Reichs sind seit 1888, dem Jahre, in dem der jetzige Kaiser zur Regierung gelangte, von 721 Millionen Mark auf nahezu 4000 Millionen Mark gestiegen und abermals fordert der Etat für 1907 einen Anleihebedarf von 264 Millionen Mark, so daß wir bald in die fünfte Milliarde Reichsschulden eintreten.

Und diese Schuldenlast wächst trotz der bedeutend erhöhten Zölle auf die notwendigsten Lebensmittel durch den Zolltarif von 1902 und trotz der im laufenden Jahre bewilligten neuen Steuern. So wurden bewilligt die Erhöhung der Biersteuer, der Frucht- und Urkundensteuer, die Zigarettensteuer, die Eisenbahnfahrkartensteuer — zu der im Frühjahr 1907 noch die Befreiung der Rübsfabriken und die Befreiung des Freigeprägs kommt — die Automobilsteuern, die Aufsichtsratsantienemen und die Erbschaftsteuer, die Erhöhung des Orisporios für Karten und Druckfachen. Trotz alledem ist das Reich nach wie vor in der größten Geldverlegenheit. Weiter sind die Matrifularumlagen, d. h. diejenigen Beiträge der Einzelstaaten, welche diese nach Maßgabe der Kopfzahl ihrer Bevölkerung an die Reichskasse zu zahlen haben, soweit die eigenen Einnahmen des Reiches aus Steuern und Anleihen nicht reichen, weit höher angelegt worden, als die sogenannte Finanzreform in Aussicht nahm.

An dieser traurigen Finanzlage des Reiches tragen sämtliche bürgerlichen Parteien des Reichstages die Schuld, da sie dem Reichsetat ihre Zustimmung gaben.

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß der neue Reichstag sich abermals mit der Suche nach neuen Steuerquellen befassen muß.

Wir haben die feste Überzeugung, daß dieser finanziellen Mißwirtschaft nur gesteuert werden kann, wenn diejenigen Klassen, die als die Hauptträger des herrschenden Systems angesehen werden müssen, künftig nach Maßgabe ihres Vermögens und ihres Einkommens zu den Reichssteuern herangezogen werden. Bisher wurde die bequemere Methode verfolgt, die Lasten des Reiches vorwiegend auf dem Wege der indirekten Besteuerung und der Zölle auf die notwendigen Lebensbedürfnisse der großen Masse aufzubringen.

Diese hat bisher den Hauptteil der Reichssteuern getragen.

Unsere Vertreter im neuen Reichstag werden nach wie vor verlangen, daß die Lasten denen auferlegt werden, die sie am leichtesten tragen können und deren angeblicher Patriotismus sie veranlaßt, immer neue Mehrausgaben für Nützlich- und unproduktive Zwecke zu bewilligen, auf den eigenen Beutel aber den Daumen halten.

Wir fordern die Einführung einer progressiven Reichs-Einkommensteuer von allen, die über 5000 M. Jahreseinkommen haben, und eine progressive Vermögenssteuer von allen, die mehr als 50 000 Mark Vermögen besitzen. Des weiteren fordern wir den Ausbau der Reichs-Erbchaftsteuer, die statt der 36 Millionen Mark im Etat für 1907 mit Verichtigkeit mehr als das Sechsfache ergeben kann.

Werden diejenigen, die bisher die Hauptträger der Reichspolitik gewesen sind, ihren großen patriotischen Worten entsprechend auch zu den Opfern herangezogen — wir sind überzeugt, sie werden andere Satten aufziehen.

Wähler! an Euch ist es, durch Abgabe Eurer Stimmen am 25. Januar 1907 dafür zu sorgen, daß die Träger der bisherigen Politik aus dem Reichstage verschwinden.

Die gleiche Opposition, die wir bisher der auswärtigen Politik entgegensetzten, haben wir der

Kolonialpolitik des Reiches

entgegengesetzt. Die deutschen Kolonien lohnen mit ganz vereinzelter Ausnahme weder die auf sie angewendeten Opfer, noch bieten sie einer auch nur nennenswerten Zahl deutscher Auswanderer eine Existenz. Die Opfer, die das Reich alljährlich für die Kolonien bringt, stehen im größten Mißverhältnis zu den aus den Kolonien zu ziehenden Gewinnen. Der Handel mit den Kolonien hat noch zwanzigjährigem Bestehen an Ein- und Ausfuhr die unbeträchtliche Summe von 64 Mill. M. im Jahre 1905 ergeben. Davon betrug die Ausfuhr nach den Kolonien 46 1/4 Mill. M., die in der Hauptsache zur Deckung der Bedürfnisse der deutschen Beamten und Schutztruppen verwendet wurden. Für diesen geringfügigen Handel zahlen wir an baren Reichszufüssen an die Kolonien, einschließlich von Klautschou, aber ohne die Ausgabegaben für die Aufstände der Eingeborenen, über 30 Millionen Mark pro Jahr. Der Welthandel Deutschlands betrug im Jahre 1905 die kolossale Summe von 13 278 Millionen Mark. Der Handel mit den Kolonien beträgt also nicht einmal 1/4 Prozent davon!

Zu diesen regelmäßigen Opfern für die Kolonien kommen aber die besonderen Opfer, die im Laufe der Jahrzehnte durch die Aufstände der Eingeborenen, und speziell den jetzt schon nahezu drei Jahre währenden Aufstand in Südwestafrika verursacht sind.

Wähler! Kein ehrlicher Mann kann bestreiten, daß die Ursache dieser Aufstände in der Behandlung liegt, die den Eingeborenen durch einen großen Teil der Ansetzler und auch durch die Politik gar mancher der in den Kolonien herrschenden Beamten widerfuhr. Das läßt sich insbesondere in bezug auf den Aufstand in Südwestafrika allermäßig nachweisen. Ihres Eigentums beraubt, oft mißhandelt, fast rechtlos, der Verachtung und Ausbeutung preisgegeben, haben die Eingeborenen schließlich zu dem äußersten Mittel gegriffen, zu Empörung wider die Unterdrücker.

Bereits haben die für den Aufstand in Südwestafrika ausgegebenen Summen einschließlich der für 1905 schon vorhandenen Etatsüberschreitungen und einschließlich der zuletzt vom Reichstage geforderten Nachtragsetats gegen 400 Millionen betragen. Und der Etat für 1907 verlangt

abermals für die Niederwerfung des Aufstandes 66 Millionen Mark, und selbst nach vollständiger Niederwerfung des Aufstandes werden auf ungezählte Jahre erhebliche finanzielle Opfer erfordert. Namentlich droht die Errichtung einer Kolonialarmee.

Wir betrachten eine solche unsinnige und nach dem eigenen Geständnis des Generals v. Trotha grausame Kriegsführung als eine schwere Schädigung der nationalen Wohlfahrt und Ehr. Wir machen einen Unterschied zwischen einer Kolonialpolitik, die zu den fremden, tiefer stehenden Völkern kommt, um sie in christlicher Weise zu erziehen, sie zu lehren, die Schätze ihres Bodens für ihren und der gesamten Menschheit Vorteil zu heben und auszunutzen, und ihnen alle Errungenschaften der Kultur in der ihrem Wesen entsprechenden Weise zuzuführen, und jener Kolonialpolitik, die auf Unterdrückung, Ausbeutung oder gar Ausrottung der Eingeborenen abzielt, in denen wir trotz ihres viel tieferen Kulturzustandes immer noch den Menschen sehen, der menschlich behandelt werden muß. Die Kolonialskandale und die Aufstände zeigen uns seit anderthalb Jahrzehnten, daß unsere angebliche christliche Zivilisationsarbeit in den Kolonien oft zu allem, was menschlich und christlich ist, im schrecklichsten Widerspruch steht.

Wir sehen endlich in den deutschen Kolonien keine Stärkung, sondern eine Schwächung Deutschlands. Hat doch selbst Fürst Bülow am 14. November dieses Jahres im Reichstage erklärt: „Unsere Situation würde heute eine gesichertere und leichtere sein, als sie in den 80er Jahren war, wenn wir nicht inzwischen die liberale Politik inanguriert hätten. . . . Was heutzutage unsere Situation kompliziert und erschwert, das sind unsere überseeischen Beziehungen und Interessen. Wären wir in dieser Beziehung nicht engagiert, wenn wir nicht in dieser Beziehung verwundbar wären, würden wir auf dem Kontinent nicht allzu viel zu fürchten haben. Dann wäre es auch leichter, als es heute ist, Reibungen und Fraktionen mit England zu vermeiden.“

Wähler! Die Fragen, die wir bisher erörtert haben, sind aber nicht die einzigen, die den künftigen Reichstag beschäftigen werden.

Die Zoll- und Absperrungspolitik der Regierungen.

gestützt auf eine agrarische Mehrheit des bisherigen Reichstages, hat eine nie gekannte Teuerung der Lebensmittel, insbesondere der Fleischnahrung herbeigeführt. Diese Politik wirkt unseren Agrariern weit über 1000 Millionen Mark im Jahre in den Schoß auf Kosten der nichtagrarischen Bevölkerung. Diese Politik bedeutet nicht nur die Teuerung in Permanenz, sie bedeutet steigende Teuerung, weil mit dem Wachstum der Bevölkerung Deutschlands um ungefähr jährlich eine Million Köpfe die Lebensmittelerzeugung im Reich nicht gleichen Schritt halten kann. Während so die Großagrarien riesenprofite einheimen, für sie der Himmel voller Geigen hängt, fehlt die Not und das Elend in Millionen deutscher Familien ein, werden die Fleischportionen auf den Tischen unserer Arbeiter, Kleinbürger und niederen Beamten immer kleiner, bis sie für Hunderttausende ganz verschwinden.

Die ständige Unterernährung von Millionen Menschen mit all ihren Folgen, wie Abnahme der Körperkräfte und der Leistungsfähigkeit, häufigere Krankheiten und frühzeitigerer Tod, ist das Resultat. Daneben schnellen die Staats- und Gemeindefudgets durch die erhöhten Ausgaben für Armen- und Waisenlasten, für Kranken-, Siechen- und Gefangenenanstalten aller Art, für die Ernährung von Heer und Marine usw. in die Höhe. Und das bedingt wiederum Erhöhung der Steuern.

Aber nicht nur das Fleisch, sondern auch Brot, Butter, Eier und vor allem Milch — die Hauptnahrung unserer Kinder — haben schon erhebliche Preiserhöhungen erfahren, und bereits stimmen die Leiter agrarischer Organisationen wie sie weiter die Gunst der Umstände ausnützen können, um den Armen und Ärmsten in Stadt und Land das Leben noch schwerer zu machen.

Kommt nun gar eine große Krise, so ist das Elend der Massen nicht zu ermessen, das aus der Aufrechterhaltung unserer Agrar- und Zollpolitik erwächst!

Wähler! Wollt Ihr die Hungerpeitsche der großen Agrarier nicht fernerrweit über Euren Häuptern und den Häuptern Eurer Familien geschwungen sehen, so wählt Vertreter, die dieser Aus Hungerungs politik ein Ende machen, wählt Sozialdemokraten.

Fort mit den Lebensmittelwuchern!

Die

Sozialpolitik

Ist in den Sesssionen des Reichstags von 1903—1906 gar jämmerlich gefahren. Die einzige „große Tat“, zu der die Regierungen sich aufgerafft haben, war der Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, und dieser Gesetzentwurf bietet unseren Arbeitern Steine statt Brot. Er ist der Ausfluß der denkbar reaktionärsten Arbeiterpolitik. Dafür zu sorgen, daß dieser oder ein ihm ähnlicher Entwurf in den nächsten Tagungen des Reichstags nicht Gesetz wird, ist eine der vornehmsten Aufgaben, die die deutsche Arbeiterklasse bei dieser Wahl durch ihre Stimmabgabe zu erfüllen hat.

Ein gesetzlicher Normalarbeitsstag, der Heimarbeiterschutz, die Sicherung des Koalitionsrechtes, ein freies, eines Kulturstaates würdiges Vereins- und Versammlungsrecht, das endlich auch die Landarbeiter und die Frauen als gleichberechtigt anerkennt, die Erweiterung des Wahlrechts auf die Frauen, die Erweiterung, Vereinfachung und höhere Leistungsfähigkeit der Versicherungsgesetzgebung und vieles andere sind Forderungen, für deren Verwirklichung die Vertreter der Sozialdemokratie im künftigen Reichstage zu kämpfen haben werden.

Die

persönliche Freiheit und die politischen

Rechte der Staatsbürger,

das freie Wort und die freie Uebersetzung sind in Deutschland durchaus ungenügend geschützt.

Ausfahrungen von Polizeiorganen und ihre nicht ausreichende Sühne erregen immer neue Entrüstung. Immer häufiger werden Ausprüche der Justiz, die das Volk als Klassenurteile empfindet, weil es in ihnen die Gedanken und

Vorurteile der Bureaucratie und der herrschenden Klassen die Oberhand über das volkstümliche Rechtsgefühl gewinnen sieht.

Soweit ungeschminkte Kritik und Anträge für die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Strafrechts, Strafprozesses, der Gastbarkeit der Beamten für ungeschliche Handlungen, diese Verhältnisse bessern können, haben die sozialdemokratischen Vertreter im Reichstage stets ihre Schuldigkeit getan und werden dies um so kraftvoller tun können, in je größerer Zahl sie in den Reichstag gewählt werden.

Wähler Deutschlands! Wir wissen, daß alles, was wir heute erreichen können, nur Stillwerk ist gegenüber dem, was erreicht werden müßte. Wir wissen, daß eine Reform von Grund aus eine durchgreifende Umwandlung unierer ökonomischen und politischen Zustände erfordert, daß

volle Freiheit und Gleichheit der Menschen in Staat und Gesellschaft

die

volle Anteilnahme an den Errungenschaften der Kultur auch für den letzten unter uns

nur das Werk des festen Willens und der klaren Einsicht der großen Mehrheit der Nation sein kann. Aber wir wissen auch, daß die Zustände, die heute herrschen und sich immer mehr zuspitzen werden, dank der Einseitigkeit der herrschenden Klassen die Revolutionierung der Köpfe herbeiführen, d. h. die Einsicht und den Willen zur Umgestaltung der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage schaffen. Die Not der Zeit zehrt die Menschen denken.

Im Vertrauen auf diese revolutionierenden Wirkungen der Tatkaten ziehen wir guten Mutes in den Wahlkampf. Wir fordern Euch auf, daß, so weit Eure sozialen, Eure wirtschaftlichen und Eure politischen Interessen oder Euer Idealismus Euch auf die Seite der Sozialdemokratie nötigen — und das muß die große Mehrheit sein — Ihr Euch uns anschleßt und am 25. Januar 1907 Mann für Mann Eure Stimme den Kandidaten der Sozialdemokratie

gibt.

Unsere und Eure Wahlparole sei: Nieder mit allem, was uns hudekt und bützelt, was sich dem Fortschritt der Menschheit zur vollen Sonnenhöhe der Kultur entgegenstemmt!

Hoch die Sozialdemokratie!

Berlin, 14. Dezember 1906.

Die sozialdemokratische Fraktion des aufgelösten Reichstages.

Albrecht. Auer. Baudert. Bebel. Bernstein. Berthold. Birr. Bloß. Bod. Bömelburg. Breh. Dr. David. Dieh. Ehrhart. Eichhorn. v. Elm. Fischer-Berlin. Fischer-Sachsen. Förster. Frähdorf. Frohme. Ged. Gerisch. Geyer. Goldstein. Dr. Gradnauer. Grenz. Haase. Haberland. Heine. Herbert. Dr. Herzfeld. Hildebrand. Hoffmann-Berlin. Hoffmann-Saalfeld. Horn. Hue. Kaden. Körsten. Kühn. Kunert. Ledebour. Legien. Leske. Dr. Lindemann. Lipinski. Mahlke. Meiß. Mehger. Mollenbuhr. Motteler. Nitzsche. Noske. Peuß. Pfannkuch. Pinkau. Reikhaus. Sachs. Scheidemann. Schlegel. Schmalfeldt. Schmidt-Berlin. Schmidt-Frankfurt. Schöpfkin. Schulze. Schwarz. Sindermann. Singer. Sperka. Stadthagen. Stolte. Südken. Dr. Südekum. Thiele. Tuhauer. v. Vollmar. Wurm. Zubeil.

Und nun

**Wähler des Wahlkreises Duisburg-Ruhrort-Mülheim-Oberhausen
hinein in den Wahlkampf!**

Es gilt, am 25. Januar der Arbeit endlich zu ihrem ihr so lange vorenthaltenen Rechte zu verhelfen.

Der Kandidat der Sozialdemokratie

unseres Wahlkreises ist, wie bei den drei letzten Wahlen, so auch in diesem Wahlkampfe der

Privatbeamte

Klemens Hengsbach

aus Köln.

**Das sozialdemokratische Wahl-Komitee
des Wahlkreises Duisburg-Ruhrort-Mülheim-Oberhausen.**

NB. Wahlberechtigt am 25. Januar 1907 ist jeder Deutsche männlichen Geschlechts, welcher am Wahltag mindestens 25 Jahre alt, also spätestens am 25. Januar 1881 geboren ist, in der Wählerliste steht und aus öffentlichen Mitteln keine Armenunterstützung im letzten Jahre bezogen hat. Auch alle die, welche keine Steuern bezahlen, sind wahlberechtigt. Die nächste Pflicht ist, ungesäumt die Wählerliste, die zu jedermanns Einsicht vom 28. Dezember ab 8 Tage lang, also bis zum 4. Januar 1907, ausliegt, einzusehen und, falls der Wähler nicht in der Liste steht, sofort seinen Namen auf Grund der vorzuliegenden Legitimationspapiere noch eintragen zu lassen, denn nur der kann wählen, der auch in der Liste steht.

Drei große öffentliche

Wähler-Versammlungen

am Sonntag, den 30. Dezember 1906

vormittags 11 Uhr bei Bergler, „Hochfelder Tonhalle“,

vormittags 11 Uhr bei Hilbring, „Neudorfer Tonhalle“,

abends 7 Uhr im „Cambrinus“, Friedrich Wilhelm-Platz.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

**Die bevorstehende Reichstagswahl und ihre Bedeutung
für das arbeitende Volk.**

Referenten sind die Herren:

Otto Buchelt, Ernst Muth und Reichstagskandidat Klemens Hengsbach.

Wähler! Versäume niemand, diese wichtigen Kundgebungen zu besuchen.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Und nun

Wähler des Wahlkreises Duisburg-Ruhrort-Mülheim-Oberhausen hinein in den Wahlkampf!

Es gilt, am 25. Januar der Arbeit endlich zu ihrem ihr so lange vorenthaltenen Rechte zu verhelfen.

Der Kandidat der Sozialdemokratie

unseres Wahlkreises ist, wie bei den drei letzten Wahlen, so auch in diesem Wahlkampfe der

Klemens

Hengsbach

Das des Wahlk

e Wahl-Komitee ort-Mülheim-Oberhausen.

NB. Wahlberechtigt am 25. Jan
25 Jahre alt, also spätestens am 25. Jan
unterstützung im letzten Jahre bezogen hat.
ist, ung. säumt die Wählerliste, die zu j
ausliegt, einzusehen und, falls der Wähler
papiere noch eintragen zu lassen, denn n

Geschlechts, welcher am Wahltag mindestens
recht und aus öffentlichen Mitteln keine Armen-
ghen, sind wahlberechtigt. Die nächste Pflicht
8 Tage lang, also bis zum 4. Januar 1907,
en auf Grund der vorzulegenden Legitimations-
der Riste steht.

Die Wähler

tlliche mlungen

am Sonnta
vormittags 11 Uhr
vormittags 11 Uhr
abends 7 Uhr im

ember 1906
der Tonhalle",
orfer Tonhalle",
rich Wilhelm-Platz.

Die bevorstehende
für

lungen:
und ihre Bedeutung
Volk.

Otto Buchelt, Ernst Muth und Reichstagskandidat Klemens Hengsbach.

Wähler! Versäume niemand, diese wichtigen Kundgebungen zu besuchen.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Verlag: C. Weyers, Duisburg. — Druck: A. Gerijß, Dortmund.

